



Wahl der Beigeordneten ist wichtiger Meilenstein

In einer Sondersitzung des Dresdner Stadtrates am 06. August wurden die neuen Beigeordneten gewählt. Überraschungen gab es dabei nicht. Nach der Bildung der Stadtratskooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten hat sich nun die Zusammensetzung der bislang CDU-dominierten Rathauspitze deutlich verändert und ist zudem weiblicher geworden. Die Kooperation bestand damit eine wesentliche Bewährungsprobe.

von André Schollbach

Die im vergangenen Jahr nach der Stadtratswahl gebildete Kooperation hatte sich seit Monaten auf die Wahl der Beigeordneten vorbereitet. Zunächst war intensiv über den Zuschnitt der einzelnen Dezernate verhandelt worden. Hier sollten Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigiert und sachlich vernünftige Zuständigkeiten geschaffen werden. So bestand etwa Einigkeit darin, dass die städtischen Krankenhäuser künftig in der Verantwortung der Beigeordneten für Soziales anzusiedeln sind statt im Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit. Diese seltsam anmutende Zuordnung war eine Altlast aus früheren CDU-internen Streitigkeiten. Auch das für die städtischen Grundstücke zuständige Liegenschaftsamt wird der reinen Verwertungslogik des Finanzbürgermeisters entzogen und dem Baubürgermeister zur Entwicklung unterstellt.

Bildungsdezernat kommt

Überdies wird im kommenden Jahr nach dem Ende der Amtszeit von Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) ein Bildungsdezernat geschaffen, in dem die Zuständigkeiten für Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen gebündelt werden. Weiterhin bestand zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten Übereinstimmung darin, auch der CDU Vorschlagsrechte für die Besetzung zweier Beigeordneter einzuräumen. Auf diese Weise soll gewährleistet sein, dass die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte an der Verwaltungsspitze vertreten sind. Diese Regelung der Sächsischen Gemeindeordnung war bisher durch die CDU weitgehend missachtet worden, aber die Ratskooperation wollte es besser machen und nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Nachdem Rot-Grün-Rot dieses Angebot unterbreitet hatte, geriet die CDU in erhebliche interne Auseinandersetzungen. Ein Lager kämpfte vehement für die Ausschlagung der Offerte und einen



Die neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden am 04. September von Oberbürgermeister Dirk Hilbert feierlich vereidigt: Eva Jähnigen (Bündnis 90 / Die Grünen) führt künftig das Dezernat für Umwelt- und Kommunalwirtschaft, Raoul Schmidt-Lamontain (Bündnis 90 / Die Grünen) ist der neue Baubürgermeister von Dresden, Dr. Kris Kaufmann (DIE LINKE) ist ab dem 01. Oktober für Soziales, Gesundheit und Wohnen zuständig, Annkatrin Klepsch (DIE LINKE) übernimmt ab dem 01. November den Geschäftsbereich Kultur, Detlef Sittel (CDU) ist alter und neuer Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit und Dr. Peter Lames (SPD) ist künftig für das Ressort Personal und Recht verantwortlich und übernimmt im nächsten Jahr von Hartmut Vorjohann den Geschäftsbereich für Finanzen und Liegenschaften.

Foto: Max Kretzschmar

Kurs der Fundamentalopposition, andere CDU-Fraktionäre stritten für deren Annahme. Letztere erreichten schließlich eine knappe Mehrheit in ihrer Fraktion.

Wesentliche Verantwortung für die Gestaltung der Stadt

Die Sondersitzung des Stadtrates zur Wahl der Beigeordneten verlief dann weitgehend unaufgeregt. Nach Abschluss der Wahlgänge erteilte Ober-

bürgermeister Dirk Hilbert wie zuvor angekündigt sein Einvernehmen. Einen Monat später erhielten die neuen Amtsinhaber ihre Ernennungsurkunden. Die erfolgreiche Wahl der Beigeordnetenriege ist ein wichtiger Meilenstein für die Kooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten.

Nach der Bildung der neuen Ratsmehrheit im vergangenen Jahr wird nun eine politisch deutlich veränderte und vor-

allem weiblichere Rathauspitze eine wesentliche Verantwortung für die Gestaltung der Stadt Dresden übernehmen. Damit besteht nun die Chance zu beweisen, dass es der Entwicklung der sächsischen Landeshauptstadt gut tut, wenn sie nicht von der CDU dominiert wird, wie dies bisher der Fall war.

Denn sie wissen, was sie tun.

Über die Lust, sich zu beteiligen: Zum Beispiel in der Äußere Neustadt

von Jacqueline Muth

Immer wenn es Frühling wird, sitzen an und auf den Straßen der Äußeren Neustadt die Menschen und unterhalten sich. Trinken ein Bier oder zwei, manchmal wird es laut, manchmal kommt das Ordnungsamt. Immer fährt die Polizeistreife.

Das Straßenbahnstreicheln wurde im letzten Jahr hier „erfunden“ und bezeichnet das Phänomen, dass vorwiegend junge Menschen in Dreierreihen die Bordsteine besiedeln. Wenn da die Straßenbahnlinie 13 in die Rothenburger Straße einbiegt, sind die Wagons zum Greifen nah. Klar, dass dann auch mal einer oder eine grinsend den Arm ausstreckt. Für den Bahnfahrer oder die Bahnfahrerin ist das ein heikler Moment, Schrittgeschwindigkeit und lautes Bimmeln gehören zum Erlebnis dazu. Verletzt wurde bisher niemand. Dann kommt das Ordnungsamt und grimmig dreinblickende Beamte nehmen die Personalien von knapp 18- bis 22-Jährigen auf mit dem Verdacht, sich selbst im Taumel zu verletzen.

Dazwischen zahlreiche Flaschensammler_innen, die die leeren Bierflaschen einsammeln. Es hat sich eingebürgert, ihnen das Pfand zu überlassen, anstatt es im Späti 10 Meter weiter selbst auszulösen.

Ab und zu schüttet jemand einen Eimer Wasser aus dem oberen Stock, wenn die Gäste vorm Dönerladen im Erdgeschoss mal wieder zu laut diskutieren. Hab ich selbst schon mal erlebt.

Häufig gibt es kleine Vernissagen in Bücherläden, in einer der zahlreichen Galerien und Offspaces. Hier wie vor den Clubs und Kneipen drängen sich dann nächstens die Gäste auf den schmalen Fußwegen, zwischen den parkenden Autos und – ja – auch auf den Straßen.

Am Wochenend-Abend mit dem Auto durch die Äußere Neustadt zu fahren, ist ein Abenteuer. Die Straßen sind voller schlendernder Menschen und gemächlich ausweichender RadfahrerInnen. Da muss man schon mal etwas mehr Zeit einplanen, denn alles Hupen nützt da nichts. In dieser Zeit gehören die Straßen den nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer_innen. Das alles ist öffentlicher Raum. Lebendiger Öffentlicher Raum.

Im Übrigen werden in der Äußeren Neustadt nicht nur ganz besonders viele Kinder gezeugt (geburtenreichster Stadtteil seit Jahren) oder an den Wochenenden getrunken, getanzt und gefeiert. Hier wird auch ganz besonders viel diskutiert.

Neulich wurde wieder über die Zukunft der Bunten Republik Neustadt diskutiert – der alljährliche Republikgeburtstag platzte aus allen Nähten. Weil jedes Jahr mehr Gäste kommen, weil ehemalige Brachen nun bebaut sind und die Nischen für Veranstaltungen schrumpfen. Konkrete Vorschläge, das Festgelände in den Alaunpark hinein auszuweiten, wurde vom Straßen- und Tiefbauamt sowie vom nun amtlichen Oberbürgermeister abgelehnt. Statt-



Foto: Neustadticker

dessen soll die stärkere Reglementierung des Festgeländes innerhalb der alten Grenzen für Ordnung sorgen.

Ein weiterer Diskussionsstrang betraf den „Scheunenvorplatz“. Hier treffen sich tags wie nachts die Sommer-draußen-Sitzer und diskutieren. Es wurde auch diskutiert über den Umbau des Platzes selber, die Stadt lud zur Beteiligung ein. Und dann wurde über die Ergebnisse diskutiert, die kalt und trocken daher kamen, optisch keinen einzigen eingebrachten Gestaltungsvorschlag aufgriffen.

DIE LINKE hat hier mit einem Antrag die Stadtverwaltung verpflichtet, nachträglich ein Nutzungskonzept unter Beteiligung der Neustädter_innen für den Platz zu entwerfen. Das Ergebnis steht noch aus. Jedoch sieht der Antrag auch vor, dass der Ortsbeirat Neustadt zum Schluss über die Zufriedenheit am Beteiligungsverfahren berichten soll.

Seit Jahren streitet die Bürgerinitiative „Köni muss lebendig bleiben“ für den bestandsnahen Ausbau der Königsbrücker Straße. Eben nicht überbreit, wie es bisher geplant und von Herrn Marx (Baubürgermeister a.D., CDU) als alternativlos dargestellt wurde. Der Straßenraum soll auch für Nicht-MIV attraktiv bleiben, ebenso für Radverkehr. Mein Fraktionskollege Dr. Martin Schulte-Wissermann engagiert sich hier seit Jahren.

Die Stadtverwaltung reagierte verhalten und erst auf massiven öffentlichen Druck auf die Wünsche der Anwohner_innen. Durch die langjährige Verzögerung war nun wieder der FDP der Raum gegeben, in einer Wahlkampfkampagne den zügigen überbreiten Ausbau zu fordern.

Eine andere Bürgerinitiative maß Verkehrsflüsse und Dezibel auf

den Straßen vor ihren Häusern. Mit Zahlen belegten sie, dass seit dem Bau der Waldschlösschenbrücke nun un gelenkt Schwertransport- und Lieferverkehr das Wohnviertel durchfließen. Häufige Geschwindigkeitsüberschreitungen machen den Schulweg für ihre Kinder gefährlich, das Wohnen unangenehmer. Eine Vorfahrtstraßensystem und eine zusätzliche Ampel werden gewünscht. Das Straßen- und Tiefbauamt sieht sich hier jedoch nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Hier sind wir weiter dran.



Foto: Neustadticker

Man kann in der Äußeren Neustadt nicht über einen Mangel an Beteiligung klagen. Das Viertel schäumt über vor Energie, vor Lust sich zu beteiligen – und macht damit der ordnungsliebenden Stadtverwaltung offensichtlich das Leben schwer.

Bürgerbeteiligung ist immer schwierig, gerade weil der öffentliche Diskurs oft ungnädig die viele Arbeit übersieht, die ein gelungener Beteiligungsprozess mit sich bringt. Mal ist es zu viel, zu wenig, zu früh oder zu spät. Und immer wird „gemeckert“. Da sollte das Verständnis wachsen und auch die Anerkennung gegenüber einzelnen Verwaltungsmitarbeiter_innen, die sehr wohl bemüht sind um eine Verbesserung der Diskussionskultur in unserer Stadt.

Und dennoch entscheidet das Ergebnis über den Erfolg einer Beteiligung. Wann und wie wird informiert und fühlen sich die Betroffenen von Entscheidungen mitgenommen oder eher verprellt? Finden die Menschen im Öffentlichen Raum das was sie benötigen und als lebenswert empfinden?

Menschen sind keine Kästchen, hinter die man einen Haken setzen kann. Die Formate der Beteiligung müssen sich an den Menschen anpassen, nicht andersherum.

Nun, da unsere neuen FachbürgermeisterInnen im Amt sind, bin ich gespannt auf neue Formate. Ich bin gespannt, wohin die Reise geht. Es kann eigentlich nur besser werden.

Stadträtin Jacqueline Muth ist Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

Von Zeltstädten und Baumärkten

von Annektrin Klepsch

Es war am 8. Juli, als der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) dem Landtag sein neues Konzept zur Erstaufnahme von Asylsuchenden in Sachsen vorstellte. Der Minister und die zuständige Landesdirektion gingen von 5.000 benötigten Plätzen aus, nachdem in den Monaten zuvor mehrere Außenstellen der überlasteten einzigen Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz dauerhaft nicht ausreichten. Zwei Wochen später, am 23. Juli abends, begann die Sächsische Landesdirektion ein landeseigenes Grundstück in einem Gewerbegebiet zu roden und das Technische Hilfswerk baute Zelte auf, wie sie auch weltweit in Katastrophengebieten zum Einsatz kommen. Um das Camp regentauglich herzurichten, mussten zunächst 1.000 Tonnen Schotter angefahren und verteilt werden. Die Stadt Dresden erfuhr zum gleichen Zeitpunkt wie die Umgebung, am Donnerstag Abend, dass kurzfristig eine Erstaufnahme von etwa 1.000 Asylsuchenden ab Freitag Abend geplant sei.

Die Unterbringung von Asylsuchenden in Zelten und Turnhallen ist im Sommer 2015 in der Bundesrepublik keine Ausnahme mehr, sondern zunehmend der Normalfall, da die Bundespolitik und die Europäische Union lange die Augen verschlossen haben vor fast 60 Millionen Flüchtlingen weltweit. Beispiele wie das Erstaufnahmelager Traiskirchen in Österreich zeigen, dass es noch schlimmer geht als die Dresdner Zeltstadt.



Foto: Magnus Hecht

Bereits drei Wochen nach der Ankündigung des sächsischen Innenministers, 5.000 Plätze in Erstaufnahmeunterkünften bereit zu stellen, war diese am Tag der Errichtung der Zeltstadt mit mehr als 7.000 Asylsuchenden überholt. Am 20. August ging der Minister von mindestens 10.000 Erstaufnahmeplätzen aus, bei einer Sondersitzung des Sächsischen Landtags am 1. September war man bei 13.000 angelangt. Zwischen der Landtagssitzung am 8. Juli und der Sondersitzung am 1. September lagen die Dresdner Zeltstadt, eine Sondersitzung

des Innenausschusses und Heidenau. Zeltstädte gibt es inzwischen in mehreren Bundesländern, doch in Sachsen schien Notlage der Flüchtlinge sowie Ignoranz und Unvermögen in der politischen Steuerung zusammenzufallen. Die Zeltstadt ist in ihrer Größe nur die Spitze des Eisbergs der sächsischen Innenpolitik, denn Außenstellen der einzigen und völlig überlasteten Chemnitzer Erstaufnahme wurden zuvor bereits in Schneeberg, Grillenburg und andernorts eingerichtet. Das Deutsche Rote Kreuz als Betreiber der Einrichtung

wurde in eine Zwickmühle gebracht, die man möglicherweise unterschätzt hatte. Verpflegung, soziale Betreuung und medizinische Versorgung riefen vor allem in den ersten Tagen und Woche massive Kritik hervor. So konnte ein Kinderbetreuungszelt inmitten des Schottergeländes erst auf Drängen der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) eingerichtet werden. Anfang September zog die sächsische Landesregierung politische Konsequenzen, verlegte die Entscheidungshoheit in Sachen Asyl vom Innenminister zum Staatskanzleichef und zog unterhalb des Innenministers personelle Konsequenzen. Wann die Zeltstadt durch feste Unterkünfte in Containern ersetzt werden kann, blieb angesichts des bundesweiten Containermangels bisher offen. Die Ereignisse der letzten August- und ersten Septembertage in Ungarn ließen die Herausforderungen der Zeltstadt in Dresden in den Hintergrund treten. Die inzwischen wieder eingeführten Grenzkontrollen, von Katja Kipping zu Recht als „abschieben, abschrecken, abschoten“ kritisiert, werden keinem Flüchtling helfen, jedoch vielen Asylsuchenden den Weg in ein besseres Leben erschweren und die Vision eines geeinten und offenen Europa ad absurdum führen.

Annektrin Klepsch hat am 24.08.2015 im Rahmen der Aktion „Perspektivewechsel“ der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in der Zeltstadt mitgearbeitet

Daniel Molitor leitet seit Sommer 2015 die Flüchtlingsunterkunft in Stetzsch

Mehr Mensch sein

Lieber Daniel, was bedeutet es für Dich, Heimleiter in einer solchen Unterkunft zu sein?

Es ist kein Beruf, es ist eine Berufung. Es ist eine Stelle an der ich gebraucht werde. Hier kann ich helfen und für die Menschen da sein. Selbst habe ich viel Hilfe in meinem Leben gebraucht. Ich konnte nie richtig Danke sagen. Jetzt möchte ich an dieser Stelle sein und meine Energie weitergeben. Jedes Lächeln ist für mich mehr wert, als jede Minute meiner Zeit. Ich bin da und das ist auch gut so.

Welche Schicksale bringen die Geflüchteten mit sich? Welche Sorgen haben sie?

Mord, Folter, Ängste, verlorene Menschen auf der Flucht und Schlimmeres begleitet meine Flüchtlinge. Sie sorgen sich um ihre Sicherheit, um ihre Existenz und vor allem um ihre Familien.

Mit welchen Problemstellungen wird man konfrontiert, wenn man eine Flüchtlingsunterkunft leitet?

Ich möchte zitieren: „Wenn du ein Problem hast, versuche es zu lösen. Kannst Du es nicht lösen, dann mache kein Problem daraus.“ Ich suche für meine Bewohner immer den Weg des ge-



Die Flüchtlinge in Stetzsch werden gut betreut: u.a. von Sozialarbeiter Felix Keil (1.v.l.) und Heimleiter Daniel Molitor (3.v.r.). Foto C. Trache

ringsten Widerstands um schnell und erfolgreich nach vorne zu kommen.

Du bist ein hochgradig leidenschaftlich-engagierter Mensch in Deiner Arbeit, agierst nach dem Empowerment-/Ressourcen-Ansatz. Was bedeutet das für Dich?

Ich möchte sehen und erleben wie sich meine Bewohner selbst entwickeln. Mit meiner Arbeit und Hilfe säe ich nur den Samen. Pflege, Bewässerung und Aufzucht liegen ganz in den Händen meiner Schützlinge. Dabei gebe ich Rückhalt und unterstütze bei Bedarf.

Können die Geflüchteten unserer Gesellschaft auch etwas zurück geben? Welche Chancen könnten sich aus der aktuellen Situation ergeben?

Ja! Derweil erarbeite ich ehrenamtliche Projekte für unsere Flüchtlinge um bedürftigen Menschen in unserem Land zu helfen. Meine Bewohner möchten auch zeigen, dass sie „geben“ können. Beispielsweise ist eine kostenlose Fahrradwerkstatt für Anwohner und Radwanderer geplant.

Was hast Du selbst gelernt, seitdem Du diese Unterkunft leitest?

Mehr Mensch zu sein!

Was wünschst Du Dir von den Dresdner Bürgern und Bürgerinnen, von der Kommunal-Politik und von der Politik auf Landes- oder Bundesebene?

Verständnis für jeden Menschen, einen großen Blick an die Wurzel, Einsicht, Kraft, mehr Hilfestellung und den Mut zur Veränderung. Wir sind in einer Phase, in der es einer Änderung bedarf.

Das Gespräch führte Cornelia Eichner

25 Jahre Gleichstellungsbüro Dresden

von Pia Barkow

Am 16. September feiert das Büro der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dresden sein 25 jähriges Jubiläum. Entstanden aus der Frauenfriedensbewegung, der „DDR-Frauengruppen“ und diverser anderer Gruppen aus der ostdeutschen Frauenbewegung sowie aus dem kirchlichen Umfeld gründete sich 1990 das heutige Büro der Gleichstellungsbeauftragten – als erstes in den neuen Bundesländern. Seitdem zählt das Gleichstellungsbüro zu einem festen Bestandteil der Dresdner Verwaltung.

Dabei begleitet die Leitidee aus der Gründungszeit die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten noch heute: Die tatsächliche Verwirklichung des Grundrechts auf Gleichberechtigung. Die Stellung und Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten mussten in den 25 Jahren immer wieder neu erkämpft werden. So wurde das Büro – anfangs direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt – zwischenzeitlich der Zuständigkeit des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung zugeordnet, dessen Mitglieder die Gleichstellungsbeauftragte kurzerhand vor die Tür setzten und von den Sitzungen ausschlossen. 2001 wurde das Büro dann wieder direkt dem Oberbürgermeister dezernats-



Foto: fm

übergreifend zugeordnet. Neben verwaltungsinternen Gleichstellungsansätzen (Personalempfehlungen, Förderung von Frauen in der Verwaltung – so lange eine Unterrepräsentanz in Führungsebenen besteht, Fortbildungsmaßnahmen, Stellungnahmen und das fortwährende Thematisieren von Gleichstellungs-

spekten), gehen vom Gleichstellungsbüro auch politische Ansätze hervor. So war die damalige Gleichstellungsbeauftragte an der Erstellung des ersten Sächsischen Frauenfördergesetzes beteiligt, der Errichtung eines Frauenschutzhouses in Dresden, bei der Förderung und Schaffung von Beratungs- und

Fortbildungsangeboten insbesondere mit den Schwerpunkten Frauenarbeitslosigkeit und geringere weibliche berufliche Wiedereinstiegschancen.

Nach wie vor ist der ursprüngliche Leitspruch „die tatsächliche Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit“ aktuell und eine aktive Gleichstellungsarbeit notwendig. Hierzu wurde beispielsweise vor wenigen Monaten vom Stadtrat ein Aktionsplan mit konkreten Gleichstellungspolitischen Maßnahmen und Zielen beschlossen. Denn auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten sehr viel in dieser Hinsicht getan hat, ist in Sachen Gleichstellung noch viel zu tun. So sind Frauen nach wie vor in Führungspositionen unterrepräsentiert, verdienen in Sachsen durchschnittlich 9% weniger als ihre männlichen Kollegen, typische Frauenberufe wie z.B. im Pflege- und Erziehungsbereich sind deutlich schlechter bezahlt als vergleichbare Berufe, die als männertypisch gelten. Das Gleichstellungsbüro soll daher auch heute noch auf Themen aufmerksam machen, immer wieder einen Diskurs zu Gleichstellungsfragen und Ungleichheiten anregen und gerne auch mehr Anregungen und Forderungen an die Politik stellen.

Aus den Stadtteilen: Südvorstadt / Plauen

Anwohnerparkplätze für den Hauptbahnhof

von Jürgen Stäbener

Südvorstadt. Die Not nach freien Stellflächen ist groß. Auch weil hier viele Pendler parken. Daran will der Plauer Ortsverband der LINKEN etwas ändern.

DIE LINKE aus dem Stadtteil Plauen wagt einen neuen Vorstoß im Streit um die Parkplatznot hinter dem Hauptbahnhof. Dabei geht es um das Anwohnerparken im Gebiet hinter dem Hauptbahnhof.

Vor zehn Jahren hatten Anwohner der Wohnungsgenossenschaft „Glückauf Süd“ eG in einer Befragung dieses Konzept abgelehnt. Die Genossenschaft hat westlich der Fritz-Löffler-Straße, im sogenannten „Schweizer Viertel“ viele Wohnungen in seinem Bestand. Der Ortsbeirat folgte damals dem Votum der Bewohner. Seitdem gibt es an einigen Straßen in Bahnhofsnähe Parkscheinautomaten, aber schon 80 Meter hinter dem Bahnhof darf kostenlos geparkt werden.

DIE LINKE hat nun erneut die Lage analysiert. In 560 Haushalten an der Berg-, Bernhard-, Schweizer-, Liebig-, Lindenau-, Winckelmann- und Leubnitzer Straße haben die Plauer Genossen Fragebögen an die Bewohner verteilt. Bis jetzt meldeten sich 144 Bewohner zurück. „Die Bewohner wünschen mit großer Mehrheit eine Parkraumbewirtschaftung“, sagt Jürgen Stäbener, der für DIE LINKE im Ortsbeirat Plauen sitzt. Demnach sei die Situation besonders schlimm, wenn Besucher in das Schweizer Viertel kommen. Einen Platz zum Parken finden sie nur schlecht. Menschen, die kein Auto haben, beschwerten sich über den vielen Durchgangsverkehr von suchenden Autofahrern im Viertel. Ein anderes Ergebnis erhielt der Plauer Ortsverband auf der östlichen Seite der Fritz-Löffler-Straße: Die Be-



Foto: Jürgen Stäbener

wohner der Hochschulstraße und der Schnorrstraße sind ohne Parkraumbewirtschaftung zumeist zufrieden, obwohl zu jeder Tageszeit nur vereinzelt freie Parkkapazitäten zu verzeichnen sind. Es häufte sich die Antwort, der Parkraum sei sehr knapp, aber ein Parkplatz wird immer gefunden. Eine hohe Frequenz von auswärtigen Nutzern wird gesehen, aber die Notwendigkeit eines kostenpflichtigen Bewohnerparkens wird verneint. Aus Kostengründen würden zahlreiche Anwohner, die über einen PKW verfügen, ihr Fahrzeug lieber kostenfrei woanders abstellen, als sich auf das Anwohnerparken einzulassen.

Die Befragung ergab, dass vorwiegend abends und nachts das Parken aus Sichtweise der Bewohner als Problem beschrieben wurde. Ortsverbandsvorsitzender Stefan Möbius: „Die Vermutung liegt nahe, dass in den Abendstunden und nachts die Bewohner zumeist untereinander um die knappen Stellplätze konkurrieren. Daher lässt sich auch erklären, dass im Bereich Hochschulstraße viele Teilnehmer in der Befragung nur selten Stellungnahmen abgegeben haben, wie die Parkprobleme am Tage gesehen werden.“

Sehr viele Bewohner nutzen aber auch keinen PKW. Auch von diesen Bewohnern gab es Teilnehmer an der Befragung. Es deutet sich sogar an, dass dies der überwiegende Teil der Bewohnerhaushalte zu sein scheint. Diese wünschen, dass ihr Besuch durch das Anwohnerparken nicht behindert wird. Sie gaben an, dass es einigen Besuchern ungeeignet erscheint, mit ÖPNV anzureisen.

Nun planen die Plauer LINKEN eine BürgerInnenkonferenz durchzuführen. Die Methode „BürgerInnenkonferenz“ ist sehr anspruchsvoll, aber ergebnisträchtig und außerordentlich partizipativ. Die Grundidee besteht darin, erstens Mitglieder der Partei DIE LINKE aus Plauen und zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einzuladen, zweitens die sich bildende Gruppe eigenständig eine Handlungsempfehlung für die Politik erarbeiten zu lassen und sich so drittens durch dieses „Bürgervotum“ beraten zu lassen. Die BürgerInnenkonferenz basiert auf der wissenschaftlichen Feststellung, dass die Beratung durch Gruppen von Nicht-Fachleuten erstaunlich hochwertige Leistungen erbringen kann. Somit lassen sich auch Planungskosten der Verwaltung reduzieren.

Anfang Dezember 2015 will die Plauer LINKE die Ergebnisse diskutieren und der Stadtratsfraktion übergeben. Dann sollte diese festlegen, ob Ortsbeirat und Stadtrat erneut über die Einführung des Anwohnerparkens in Dresden-Plauen entscheiden sollen. Bis dahin können sich Anwohner weiterhin an den Ortsverband Plauen wenden und zu den bisherigen Ergebnissen Stellung beziehen.

Jürgen Stäbener ist LINKE-Ortsbeirat in Plauen

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Pia Barkow, Jürgen Stäbener, Annkatrin Klepsch, Cornelia Eichner,
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 30.09.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog